

Bolivien

Frei sein, ohne Herren

Das Guaraní-Volk will sich endlich aus der Schuldknechtschaft lösen

Seit Oktober 2007 ist die „Befreiung der Guaranies“ als Thema auch in den europäischen Medien angekommen. Für den ersten indigenen Präsidenten, Evo Morales, ist die Abschaffung der Schuldknechtschaft mittlerweile von höchster politischer Priorität.



Der APG-Präsident Wilson Changaray spricht vor Regierungsvertretern.

Wenn in der Welt die Sklaverei schon längst abgeschafft ist, in Bolivien existiert sie für unsere unterdrückten Familien in der Chacoregion auch weiterhin“, verkündete der Führer der Guaraní-Organisation APG, Justo Molina, auf einer kürzlich von der Regierung und dem Ombudsmann organisierten Pressekonferenz in der Hauptstadt La Paz. Justo Molina gelang mit 15 Jahren die Flucht vom Landgut seiner „Herren“ im Landkreis Huacareta. Seine Eltern, 60 und 56 Jahre alt, erreichten dies erst vor einem Jahr, nach 40 Jahren Ausbeutung ohne Schulbildung und Bezahlung. Deswegen fordern die Guaraní vom „Kameraden“ Evo Morales nun die sofortige Befreiung der ungefähr tausend, noch in extremen Ausbeutungsverhältnissen lebenden Familien in vier Landkreisen der Trockenwaldregion Chaco im Südosten des Landes. Dazu sollen 180.000 Hektar Land von den Großgrundbesitzern enteignet werden und ein neues indigenes Territorium geschaffen werden. Diese Verletzung fundamentaler Menschenrechte ist seit Jahren bekannt und von nationalen und internationalen Menschenrechtsinstanzen über Studien und Resolutionen vielfach bestätigt worden – nur geändert hat sich seit den 1990er Jahren wenig. Mit Morales soll das nun anders werden.

Der Regierungsplan

Im Oktober 2007 tritt der „Übergangsplan zur Überwindung der Schuldknechtschaft des Guaraní-Volkes“ als nationale Politik in Kraft, unterlegt mit mehreren Präsidialdekreten und einer großangelegten Pressekampagne. In einer ersten Phase sollen während eines Jahres zwei Millionen Dollar bereitgestellt werden, um die Arbeits- und Menschenrechte zu rekonstituieren, Land von Großgrundbesitzern zu enteignen und an die Guaranies zu verteilen. Für die befreiten Familien sollen Notmaßnahmen ergriffen werden, um die Versorgung mit Lebensmitteln und Unterkunft sicherzustellen, bis die Grundbedingungen für ein würdiges Gemeinschaftsleben geschaffen sind. Nachdem die ersten Maßnahmen eher propagandistischer Natur waren und Ausdruck eines starken politischen Willens, sind die Umsetzungsmaßnahmen zur Landvermessung und Enteignung schon nach wenigen Wochen ins Stocken geraten. Grundbesitzer und lokale Eliten haben sich mit den mächtigen oppositionellen Präfekturen der nach Autonomie strebenden Departments Santa Cruz, Tarija und Chuquisaca verbündet. Dazu kommen einige Bürgermeisterämter der Region, in denen immer noch die traditionellen weißen Eliten dominieren.

Im Chaco liegen die nach Venezuela größten Erdöl- und Erdgasvorkommen des südamerikanischen Kontinents, dennoch ist ländliche Armut insbesondere in der indigenen Bevölkerung weit verbreitet. Viehzucht und Ackerbau werden weitgehend extensiv betrieben, das Produktionsniveau ist niedrig und die Konkurrenzfähigkeit auch für den nationalen Markt eingeschränkt. Aufgrund der Einwanderungsdynamik ist der Chaco eine multikulturelle Gesellschaft, in der die lokalen indigenen Gruppen mehr als ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Der Chaco ist Schwerpunktregion der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, der DED ist dort seit dem Jahr 2002 tätig.

Politische Einflussnahme

Freiheit und Selbstbestimmung ist für das Guaraní-Volk mit dem Zugang und der Kontrolle über Land und Territorium verbunden. Somit ist eine indigene Autonomie eng mit einer Umkehrung des Kolonialisierungsprozesses verbunden, der zu einer Zerstückelung des Siedlungsgebietes der Guaraní geführt hat. Im Mai 2007 gelang es der APG, mit dem für Landfragen zuständigen Vizeministerium eine Vereinbarung auszuhandeln, in der die historische Schuld des Staates anerkannt wird. Es wurde weiterhin vereinbart, dass die APG gemeinsam mit dem Vizeministerium den Prozess der Rekonstituierung des Territoriums durch Anwendung des neuen Agrarreformgesetzes vorantreiben wird.

Die vom DED finanzierte Fachkraft hat auf Seiten der APG eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Aus handlung der oben beschriebenen nationalen Politik zur Überwindung der Schuld knechtschaft wahrgenommen. Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammen-



© Thomas Oberfrank

Die letzten Andenabhänge vor der Chaco-Ebene.

arbeit (GTZ) unterstützt seit einigen Monaten die Durchführungsstrategie dieser Politik. Das Thema wird in das neue Programm des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) des DED integriert, wobei auf Grundlage einer Konfliktanalyse (*Peace and Conflict Assessment*) die Zusammenarbeit mit dem Ombudsmann, der Regierung und der APG beschlossen wurde. Die notwendige Veränderung der menschenrechtlich problematischen Situation kann nach Ansicht des DED nur über eine konflikt sensible Politik, opportune Kommunikationsstrategien, Stärkung der Kapazitäten zur Konfliktbearbeitung und Schaffung von angemessenen Dialog- und Verhandlungsformen für alle beteiligten Akteure erreicht werden.

Thomas Oberfrank

Thomas Oberfrank ist Soziologe und seit 2003 Koordinator des DED in Bolivien.

Seit 2007 ist er Koordinator für Demokratieförderung und Interimskoordinator für den Zivilen Friedensdienst.



© Thomas Oberfrank

Eine Versammlung des Guaraní-Volkes.